Waghäuseler Stadtrundschau

Aktiv, dynamisch und modern. Voller Ideen. Attraktiv für Frauen.

Liebe Leserinnen und Leser,
zu Recht erwarten unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aktive, rührige Stadträte, die sich um die Belange der Bürgerschaft kümmern. Sie erwarten dynamische, fleißige Vertreter im Gemeindeparlament, die nicht nur für Althergebrachtes, sondern auch für Aufgeschlossenheit stehen. Mit Blick auf die nächsten Jahrzehnte brauchen wir fortschrittlich und modern denkende Ratsmitglieder. Zu Recht erwarten wir, dass die Fraktionen im Gemeinderat mit guten Vorschlägen und neuen Ideen aufwarten. So verstehe ich Kommunalpolitik und politischer „Wettbewerb“.
Mein Ziel als neue Vorsitzende ist, dass die Union für diese Eigenschaften steht: „Aktiv, dynamisch und modern. Voller Ideen. Attraktiv für Frauen.“ Zu meinen Zielen gehört auch, dass die Kommunalpolitik lebendiger wird. Dass es einen Wettbewerb an guten Ideen gibt. Dass Vergleiche zwischen den Parteien und Fraktionen möglich sind. Diesen Vergleichen stellen wir uns.
Inzwischen haben die Zugriffe auf die CDU-Homepage der CDU Waghäusel sogar Rekordergebnisse beschert. Pro Tag sind es bis zu 300 verschiedene Besucher auf **www.cdu-waghauesel.de**. Von vielen Seiten, auch von anderen Parteien, gab es schon viel Lob und Anerkennung für unsere Aktivitäten. Der CDU geht es dabei weniger um einen Direktvergleich mit der politischen Konkurrenz, sondern schlicht und einfach um die Information der Bürgerinnen und Bürger.

Aylin Arabaci-Pfab, CDU-Vorsitzende

Seit der Wahl der neuen Führungssitze im Juni 2013 sieht die Bilanz so aus: Auf unserer Homepage haben wir inzwischen 107(!) Berichte und Stellungnahmen sowie 62(!) Termine – und das in einem halben Jahr! Keine andere Partei, auch kein anderer CDU-Verband erreicht diese Rekordzahlen. Das neue Team zeigt damit auch, was man alles machen kann, wenn man will.
Ich wünsche Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, schöne Weihnachtsfeiertage und alles erdenklich Gute und Liebe im neuen Jahr 2014: für Sie, Ihre Familie und Ihre Angehörigen.
Ihre Aylin Arabaci-Pfab

Themen-Vorschau

Seite 2
Bilanz über „Talks im Viertel“

Seite 3 und 4
Zuckersilos – Erhalt oder Abriss?

Seite 5 und 6
Asylantenunterkünfte in Waghäusel?

Seite 7
Wagbachoffenlegung – Wagbachverlegung?

Seite 8 und 9
Ideen für „Bürgernähe und Transparenz“

Seite 10
Aspekte zur Rathauserweiterung

Seite 11
Interview zum Thema „Hundewiese“

Seite 12
Waghäuseler Straße in Berlin. Warum?

Fünf Mal „Talk im Viertel“ – fünf Mal ein Erfolg

Voller Hof. Hier beim „Talk im Viertel“ im Stadtteil Kirrlach - im Hof von Stadtrat Ernst Schuhmacher. Das Gespärch wird gesucht.

Für die CDU ist Bürgernähe kein Schlagwort, sondern eine Verpflichtung. Deshalb führt sie keine Nebenzimmer-Versammlungen durch, nein, sie geht bewusst an die Öffentlichkeit. Nach dem bisherigen durchweg positiven Zuspruch und der außerordentlich guten Resonanz ihrer „Talks im Viertel“ wird dieses Angebot weiter fortgesetzt, sogar im Winter: unter Verwendung von Heizstrahlern.

Beim „Talk“ geht es ums Zuhören, Aufnehmen und Umsetzen. Warum diese Aktionen? Vor Ort, sozusagen vor den Haustüren, suchen wir das Gespräch. Uns geht es - schlicht und einfach - um mehr Bürgernähe und Transparenz. Viele Waghäuseler Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht oder nur unzureichend informiert. Das wollen wir ändern.

Für die CDU gilt: Bürgernähe und Transparenz wird im Mittelpunkt der weiterhin offensiven und aktiven Arbeit stehen. Zu den fünf „Talks im Viertel“ kamen im Gesamten zwischen 200 und 220 Bürgerinnen und Bürger - mit rund 40 Hinweisen. Inzwischen haben auch viele andere CDU-Ortsverbände die Idee mit den „Talks im Viertel“ übernommen.

Ja zu einer familienfreundlichen Gemeinderatstätigkeit

Eine klare Ansage der CDU: Die Gemeinderatstätigkeit soll familienfreundlicher werden. Und wie? Mit Hilfe einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Gemeinderatstätigkeit in bestimmten begründeten Fällen.

Die CDU/JL-Fraktion im Gemeinderat von Waghäusel hat in einem Schreiben an den OB eine zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Fälle beantragt, in denen einem Mandatsträger beispielsweise durch erforderliche Kinderbetreuung oder Altenpflege während der offiziellen Sitzungen ein höherer finanzieller Aufwand entsteht.

„Wir möchten mit unserem Antrag allen betroffenen und insbesondere Frauen mit kleinen Kindern oder zu pflegenden Angehörigen die Sorge nehmen, dass sie die Sitzungstermine nicht wahrnehmen können, weil sie für diese Zeit eine Betreuung und Aufsicht für Kinder oder Angehörige benötigen,“ begründet Fraktionsvorsitzender Roland Liebl den Vorschlag. „Potenzielle Kandidaten/Kandidatinnen haben diese Bedenken geäußert und wir nehmen diese sehr ernst.“

Nach Aussage der CDU haben auch andere CDU-Verbände im Landkreis Karlsruhe diese Erfahrung im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 gemacht. Es sei davon auszugehen, dass auch andere Parteien und Wählervereinigungen bei der Kandidatensuche mit ähnlichen Aussagen konfrontiert worden sind.

Waghäusel könnte sich unter dem Motto „familienfreundliche Kommune“ einen Pluspunkt auf die Fahne schreiben, wenn sie betroffenen Mandatsträgern eine kommunalpolitische Mitarbeit ermöglichen würde, indem die Stadt diesen konkreten Aufwand gegen Nachweis übernimmt. Die Union geht davon aus, dass es sich nach der Wahl nur um wenige Personen handelt und sich die Mehr-Aufwandsentschädigung in engen Grenzen halten dürfte.

Waghäusels Zuckersilos: eine unendliche Geschichte?

Notwendiger Abriss wird nach zehn Jahren Stillstand weiter verschoben

Die schöne Eremitage wird von den Zuckersilos regelrecht erdrückt.

„Die unendliche Geschichte“ heißt ein Roman von Michael Ende. Er gehört inzwischen zu den neuen Klassikern. Obwohl als Jugendbuch veröffentlicht, wird die unendliche Geschichte auch von Erwachsenen aller Bevölkerungs- und Bildungsschichten gelesen.
Was liegt bei dieser Erfolgsgeschichte näher, als ein neues Buch zu schreiben, mit genauso fantastischem Inhalt: die unendliche Geschichte der Waghäuseler Zuckersilos. Mit offenem Ergebnis, weil der Autor ein Ergebnis zu seinen Lebzeiten nicht mehr erlebt. Im Schlusswort steht der Dank an die Stadträte, dass sie das Problem ihren Enkelkindern vermacht haben.

Was ist Wille der Bevölkerung?
Seit etwa zehn Jahren stehen die grauen Klötze in der Gegend, ohne Funktion und Nutzen - und verfallen allmählich. Denn sie sind leer. Denken Sie mal nach: Wie lange überlebt ein leer stehendes Haus? Die Spuren an der Außenwand sind erkennbar. Niemand hat sich um die unansehnlichen Kolosse gekümmert. Empfehlenswert ist, sich die „Zwillinge“ von der Nähe anzuschauen. So sieht man deutlich an den Abblätterungen, dass der Zahn der Zeit daran nagt. Je nach Blickrichtung erdrücken die zwei grauen Leerbehälter regelrecht die aufgewertete Eremitage.

Die Stadt wollte die Silos nicht sanieren und nicht verkaufen. Einfach so herumstehen lassen. Für die CDU ist der mögliche Abriss die Alternative zum „Herumstehenlassen“. Die CDU ist überzeugt, dass die Entfernung dieser Baumasse der Wille der Bevölkerung ist, und zwar der Bevölkerung, die täglich die Ungetüme vor Augen hat. Dazu stellt die Union aber auch klar: Wäre es der Wille der Bevölkerung, aus welchen Gründen auch immer, die zwei Silos stehen zu lassen, würde sich die CDU nicht für einen Abbruch verkämpfen. Wir respektieren die Meinung der Bürger und setzen uns nicht einfach darüber hinweg.

Geld spielt keine Rolle
Bei der Meinungsumfrage der CDU im Internet („Umfrage“) und bei den fünf „Talks im Viertel“ hat sich eine deutliche Mehrheit für einen baldigen Abbruch ausgesprochen und nicht für ein weiteres Abwarten, bis die zwei Behälter vielleicht von selbst zusammenfallen. Abwarten ist schlecht, anpacken ist besser. So hat die CDU die Initiative ergriffen und erneut, wie schon vor zwei Jahren, einen Abriss vorgeschlagen. Doch dieses Ansinnen rief alle Silo-Liebhaber und Nostalgiker auf den Plan. Alles, bloß kein Abriss, hieß es plötzlich. Nach zehnjährigem Nichtstun sprudelte die Fantasie. Jetzt ist die Rede von Wohnungen, einem Hotel, von gewerblicher Nutzung, von Architekturbüros, Räume für Ausstellungen, Disco, Denkmal, Wahrzeichen…Jetzt plötzlich stehen Investoren Schlange? Aber wer kauft die Silos für beispielsweise 1,5 Mio Euro und hängt nochmals Millionen Euro für den Umbau rein? Angeblich kostet ein Hoteleinbau rund 25 Mio Euro. Wie heißt der Investor, wie heißt der Mäzen?
Spielt Geld in Waghäusel keine Rolle? Dass es für einen Abriss noch (zeitlich eng begrenzte) Zuschüsse gibt, wird in der Diskussion ausgeblendet. Stattdessen nimmt die SPD als Silo-Retter hohe Folgekosten in Kauf. Teure Sanierung und teuere jährliche Folgekosten – aus Gründen der Nostalgie? Ein Wahrzeichen (für wen bloß), das zig Tausende von Euro verschlingt? Woanders wird gespart, überall gespart, aber für die Rettung der alten Silos ist Geld übrig.

So stehen sie in der Gegend herum.

Es nagt der Zahn der Zeit. Hohe Investitionen wären notwendig, um wenigstens die vorhandenen Schäden zu sanieren.

Nix wie auf die lange Bank?

Zu den vielen Silo-Kuriositäten gehört auch die Tatsache, dass die Freien Wähler den Abriss schriftlich beantragt hatten - dies im Mitteilungsblatt auch so mitteilten und mit vielen (guten) Argumenten rechtfertigten. Zusammen mit den Stimmen der CDU (die seit langem den Abbruch beantragt hat) hätte es eine stattliche Mehrheit im Gemeinderat gegeben. Doch Abriss ist nicht gleich Abriss. Mit „Abriss“ sei nur eine Prüfung gemeint, hieß es plötzlich von Seiten des Antragstellers: „Ich möchte heute keinen Beschluss über einen Abriss der Türme, sondern die Stadtverwaltung lediglich dazu auffordern, entscheidungsfähige Fakten zu schaffen“ (siehe BNN).

Jetzt sollen erst mal Abriss-Angebote eingeholt werden, als ob zuvor zehn Jahre lang keine Zeit dafür gewesen wäre. Da die möglichen Fördermittel in der Höhe und auch zeitlich begrenzt sind, kann eigentlich die Entscheidung nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Nach 16 Jahren: Silo-Gelände nutzbar machen

Seit 1997 (!!) ist die Stadt Waghäusel Eigentümer. Also hatte sie 16 Jahre Zeit, sich Gedanken über eine mögliche Nutzung zu machen. Doch jetzt eilt es plötzlich. Die SPD und vor allem ihr Fraktionsvorsitzender machen sich für das neu entdeckte „Waghäuseler Denkmal“ und „weithin sichtbares Erkennungszeichen“ (Sand) stark, auffallend stark. Für die CDU spielt eine wichtige Rolle, dass bei einem Abbruch der beiden Silos auf einmal rund 11.000 Quadratmeter neue Gewerbefläche auf dem Südzuckergelände nutzbar werden. Mit der umstrittenen Wagbachverlegung werden, wie Fachleute überzeugend versichern, nur 6.000 Quadratmeter Gelände frei. Also stellt sich doch die Frage: Warum eine sündhaft teure Wagbachverlegung von 2,5 Millionen statt eines einfacheren Siloabbruchs?

Schlösschen oder Silo-Kolosse?

Nach Angaben von renommierten Abbruchunternehmen kostet der Abriss der Silos 700.000 bis 750.000 Euro netto. Zehn Jahre lang hat die Verwaltung keine Kostenschätzung eingeholt. Nur so kann öffentlich behauptet werden (siehe BNN), die Kosten für einen Abriss seien überhaupt nicht absehbar. Im Gespräch ist ein möglicher Zuschuss für die Maßnahme von 60 Prozent (450.000 Euro), der aber 2015 auslaufen wird. Konkret: Der Abriss muss noch im Jahr 2015 abgerechnet sein, um an Fördergelder zu kommen. Dann müsste die Stadt für den ohnehin nicht aufzuhaltenden Abbruch den vollen Betrag selber bezahlen.

Betonklötze zur Besichtigung?

An den beiden 50 Meter hohen Silos sind Witterungseinflüsse sichtbar, es nagt der Zahn der Zeit. In der Vergangenheit hatten die Verwaltung und der Gemeinderat Kaufangebote ausgeschlagen. Inzwischen haben die Großbehälter nach vielen Jahren der Nutzung endgültig ausgedient. Ohne die zwei unschönen Betonklötze kommt die Eremitage viel besser als historisches Kleinod zur Geltung.

Laut BNN will die SPD partout den Erhalt der beiden Südzucker-Silos. Angeblich betrage, nach ihren Berechnungen, der Zugewinn für den Gewerbepark Eremitage lediglich 2.000 Quadratmeter. Ja, wenn man nur die frei werdende Grundfläche betrachtet. Und die sinnvolle Abstandsfläche? Wer baut wenige Meter von den Betonklötzen entfernt in den Schatten? Laut SPD sollen die Silo-Fördergelder lieber für die Wagbachverlegung verwendet werden. Die Sinnhaftigkeit dieser Forderung erschließt sich für die CDU nicht.

Ganz so nebenbei: Stimmt es, dass in den letzten zehn Jahren unglaublich hohe Unterhaltungskosten für den Aufzug angefallen sind? Und weiterhin anfallen? Wir können Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, nur empfehlen, sich die Silos einmal von der Nähe anzuschauen. Fortsetzung der unendlichen Geschichte folgt.

Gegen Hauruck-Unterkunftssuche für Asylbewerber

CDU will gründliche Prüfungen, Abwägungen, Alternativen und Transparenz

War zunächst als Asylantenunterkunft im Gespräch: das zentral gelegene Haus in der Schanzenstraße 1

Eines schönen Morgens wachte der Waghäuseler Bürger auf, holte seine Tageszeitung aus dem Briefkasten und las mit Überraschung:

BNN 12.10.: Asylbewerberheim nach Waghäusel?

(Auszug) *„Auch in Waghäusel muss man sich auf ein Asylbewerberheim einstellen. Wie Landrat-Stellvertreter Knut Bühler auf Anfrage der Rundschau bestätigte, sei der Landkreis derzeit auf der Suche nach einer geeigneten Immobilie. Neben Bretten sei Waghäusel die einzige Große Kreisstadt im Landkreis, die im Zuge der aktuellen Kapazitätserweiterung noch keine „Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber und Flüchtlinge“ bekommen hat ...*

(Aus dem Rathaus hieß es), man sei grundsätzlich vorbereitet. Auch ein mögliches Gebäude im Eigentum der Kommune sei bereits angedacht, das man möglicherweise dem Landkreis zur Miete anbieten könne ....“

Aha, sagten sich Stadträte und Bürger, die aus der Zeitung erfuhren, was auf sie im großen Stil zukommt. Früher war nur von einer „Abnahmeverpflichtung“ von „einigen Plätzen“ die Rede.

Wenige Tage später durften sie weitere Informationen aus der Tageszeitung erfahren:

(Auszug aus den BNN:) *„Das Rätselraten ist beendet: Das von der Stadtverwaltung Waghäusel als mögliches Asylbewerberheim angedachte Gebäude steht in der Schanzenstraße mitten im Stadtteil Wiesental. Darüber informierte Oberbürgermeister Walter Heiler im Verwaltungsausschuss am Montagabend. Laut OB Heiler will man mit dem Gebäude in der Schanzenstraße einen unverbindlichen Vorschlag machen. (.....)*

Der Rathauschef will nun abwarten, bis das Landratsamt auf die Stadt zukommt. Gleichzeitig rufe er die Gemeinderatsfraktionen dazu auf, Alternativvorschläge zu machen, die natürlich aus allen drei Stadtteilen – Kirrlach, Wiesental, Waghäusel – kommen könnten. Ihm selbst falle am ehesten noch die derzeitige Einrichtung für Wohnsitzlose in der Kronauer Straße in Kirrlach ein.“

Warum nicht Bürgerversammlung?

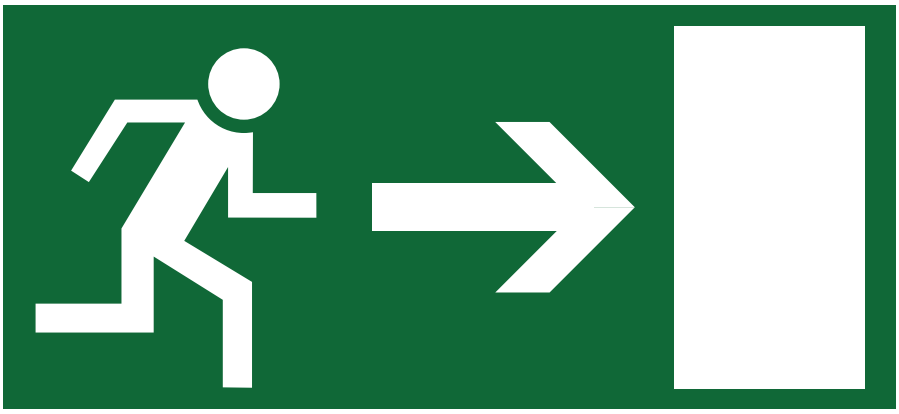
Zum Ärger der SPD-Fraktion nahm die CDU dieses Vorhaben nicht als gottgegeben hin, sondern meldete sich zu Wort, was ja in einer Demokratie üblich ist:

„Ein heißes Thema kommt da auf die Stadt zu. In vielen Kommunen ist die Frage, wo Asylbewerber unterkommen sollen, heftig umstritten. Zunächst wird in den Großen Kreisstädten nach geeigneten Immobilien gesucht: stadteigene Häuser, leerstehende Pensionen, stillgelegte Hotels oder Einfamilienhäuser, die zu Sammelunterkünften umfunktioniert werden können.“

Wie heißt es im BNN-Kommentar: „Große Kreisstadt, große Verantwortung“. Das ist die andere Seite der Großstadtmedaille. Was die CDU wünscht, ist eine offensive und offene Informationspolitik seitens des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung. Wichtig sind: gründliche Prüfungen, Informationen, Abwägungen, Alternativen, Transparenz und absolute Offenheit.

Die CDU hielt es in diesem Stadium für richtig, eine Bürgerversammlung anzuberaumen, um das Thema sachlich aufzuarbeiten.

Im Gleichschritt, marsch!
Gefordert wird in Waghäusel auf allen Gebieten inzwischen die „Einheitsmeinung“. Die politische Welt ist nur noch dann in Ordnung, wenn alles der SPD-Meinung hinterher rennt. Gibt es andere Meinungen, beispielsweise zur Wagbachverlegung, zum Siloabriss, zur Hundewiese oder zum Standort der Asylantenheime, so ist schon das Nachdenken ein böswilliges Verhalten.
Die CDU-Botschaft in aller Klarheit und Deutlichkeit: Wir sind an einer konstruktiven Lösung sehr interessiert. Wir bieten unsere Zusammenarbeit an, aber mit der CDU gibt es keine Schnellschüsse in Sachen Asylantenheime in den Ortsmitten von Wiesental und Kirrlach.



Zu Recht müssen Brandschutzbestimmungen beachtet werden.

Ghettos vermeiden
Die CDU hatte Bedenken geäußert, aber keine Ablehnung angekündigt. Ihre Position: „Vorschlägen stimmen wir dann zu, wenn die Rahmendingungen stimmen. Und dazu gehört auch im Sinne einer gelebten Transparenz und Bürgerbeteiligung, auch im Sinne eines guten Klimas in der Bevölkerung, die Anhörung der Bürger.“ Interessant ist, dass diejenigen am wenigsten Bedenken haben, die am weitesten von den Standorten in den Ortsmitten entfernt wohnen.
Für die CDU spielt in der Diskussion eine wichtige Rolle, ob 100 oder 150 Asylbewerber unbedingt zusammen in ein zentral gelegenes Gebäude gesteckt werden müssen. Oder ob es nicht auch dezentrale Lösungen gibt. In aller Deutlichkeit: Es geht vorrangig um den möglichen Standort. Nicht jeder mögliche Standort ist für jede mögliche Unterbringung geeignet. Es gilt, von vornherein eine Ghettobildung zu vermeiden.

Auch als Asylantenunterkunft im Gespräch: das Haus in der Kronauer Straße 56.

Gebäude in Wiesental und Kirrlach
Aufgrund der Äußerungen in den BNN (siehe oben) kamen das Gebäude Schanzenstraße 1 in Wiesental und auch das Anwesen Kronauer Straße 56 in Kirrlach als mögliche Unterkünfte für Asylbewerber ins Gespräch. Niemand hat die zwei Möglichkeiten erfunden.
Für die CDU stellten sich zu diesem Zeitpunkt einige Fragen: Sind der unabdingbare Brandschutz und die vorgeschriebenen zweiten Rettungswege vorhanden? Nein, angeblich nicht. Und wenn etwas passiert, wer übernimmt die Verantwortung? Angeblich gibt es auch einen starken Schimmelbefall.
Im Haus „K 56“ drohe, so heißt es, die Gefahr, dass ein Teil des Fußbodens herunter brechen kann.

Keine geeignete Immobilie
Um Klarheit in Waghäusel zu vielen offenen Fragen zu schaffen, lud die CDU Landrat Dr. Christoph Schnaudigel zu einem Informations- und Meinungsaustausch ein. Eine seiner Hauptaussagen: „In der Stadt Waghäusel haben wir bislang noch keine geeignete Immobilie für die Unterbringung von Asylbewerbern gefunden. Auch noch kein geeignetes Grundstück, worauf Wohncontainer gestellt werden könnten. Wir sind noch am Suchen.“ Dann folgte noch eine weitere Klarstellung: Das zeitweise in der öffentlichen Diskussion befindliche Gebäude Schanzenstraße 1 neben dem Sankt-Franziskus-Haus komme dafür nicht in Frage. Weil es unter anderem zu wenig Platz bieten würde und weil zuviel Geld in eine Grundrenovierung gesteckt werden müsste.
Zur Klarstellung: Der Landkreis ist für die Erstunterbringung von Asylbewerbern zuständig. Die Anschlussunterbringung fällt in die Zuständigkeit der Kommunen.

Impressum

Herausgeber:
CDU Waghäusel

Verantwortlich i.S.d.P.:
Aylin Arabaci-Pfab, Vorsitzende
Tanja Adam, stv. Vorsitzende

Roland Liebl,
Pressereferent,
Fraktionsvorsitzender

Auflage:
10.000 Exemplare

Weitere Informationen
- immer aktuell - unter:

www.cdu-waghaeusel.de

Problematisch – teuer – kompliziert: die Wagbachverlegung

CDU hätte gerne eine Kompromisslösung gehabt, kam aber nicht durch

Nach dem Willen der Gemeinderatsmehrheit sollen „Saftladen“ und Festwiese verschwinden

Die Wagbachverlegung war und ist für die CDU kein Dogma, wofür sich ein „Glaubenskrieg“ lohnt. Als die CDU in dem Wagbachwasser rührte, kamen sogleich die heftigsten Vorhaltungen von den anderen Fraktionen. Warum eigentlich? Wenn man eine ungute Entwicklung sieht, darf man dann nicht hinterfragen?
Schon zu Beginn der öffentlichen Debatte hatten der Fraktionschef Roland Liebl und die CDU-Vorsitzende Aylin Arabaci-Pfab betont: „Wenn die Mehrheit des Gemeinderats keine Kompromisse will und, unbeirrt von der öffentlichen Meinung, den Wagbach durch die vorhandene Grünfläche führen will, wird das die CDU allein nicht aufhalten können. Aber wir haben es zumindest versucht.“ Die CDU ist auch heute noch der Auffassung, dass es bessere, sinnvollere und finanziell günstigere Lösungen gegeben hätte – wenn man nur gewollt hätte. Aber die Mehrheit hat sie nicht gewollt. Diese Mehrheit nahm den Abriss des ehemaligen Kindergartens („Saftladen“) und der Waghäuseler Festwiese in Kauf.

Stopp der Maßnahme

Verfahrensfehler führten zu einem vorläufigen Stopp der Maßnahme, wir rechnen mit weiteren Verfahrensfehlern, weil unseres Erachtens das sorgfältige Nachdenken ausbleibt. Für die CDU ein „Knackpunkt“: Der rechtsgültige Bebauungsplan sieht eine verbindliche „Sondernutzung“ in der Form vor, dass die Festwiese beim Cochem-Haus ausschließlich „für kirchliche, soziale und kulturelle Zwecke“ festgesetzt ist. Eine Nutzung als Bachlauf, erstrecht - wie geplant - in 25 Meter Breite und fünf Meter Tiefe, entspricht nicht der Festsetzung („Fläche für Gemeingebrauch“) und ist daher baurechtlich unzulässig.

25 Meter Breite - ist das gerechtfertigt?

Neues teures Bachbett

Was wäre für die CDU die Alternative gewesen? Keine sündhaft teure Verlegung, sondern Offenlegung – und zwar an bisheriger Stelle: eine Maßnahme, die auch ordentlich bezuschusst würde. Ist ein mehr als 2,5 Millionen teures neues Bachbett ohne Weiteres gerechtfertigt? Bei einer „Nur-Öffnung“ entsteht dafür lediglich ein Flächenbedarf von 7.000 Quadratmeter. Eine Umverlegung, wie von der Gemeinderatsmehrheit gewünscht, wird einen Flächenverbrauch von 18.000 Quadratmeter verursachen. Die Offenlegungsvariante kostet weniger als die Hälfte, vielleicht auch nur, wie geschätzt, 600.000 Euro.

Ein Dutzend Möglichkeiten, was mit dem Wagbach geschehen könnte, wurden in der Bevölkerung diskutiert. Die CDU sieht nicht ein, dass es nur eine einzige Variante geben soll, die machbar ist. Alle anderen denkbaren Möglichkeiten werden von den anderen Fraktionen einfach für unsinnig erklärt.

Öffentlichkeit informiert?

Die CDU bezweifelt, dass, wie es immer wieder hieß, die Öffentlichkeit „in allen Phasen umfassend informiert“ gewesen ist. Beispielsweise stand auch das Thema Wagbachverlauf in der Gemeinderatssitzung am 11. Juli 2007 an. Doch wie war das wichtige Thema angekündigt? Als Tagesordnungspunkt „Bebauungsplan Gewerbepark Eremitage, Teilgebiet I“. So stellt sich die Frage, ob wirklich jedes problematische Thema sogleich erkennbar ist. Die Frage ist doch auch: Warum kündigt man „Wagbachverlegung“ nicht mit „Wagbachverlegung“ an?
Nach der derzeitigen Planung wird es an der Bischof-von-Rammung-Straße einen 6,5 Meter tiefen Wassergraben geben, der meistens mehr als 50 Prozent sauerstofffreies Grundwasser führen wird. Die Bachsohle verläuft im Bereich der L 555 ein Meter unter dem Grundwasserstand. Das wird nicht nur beim Bau der drei teuren Untertunnellungen der L 555 und der Rammung-Straße erhebliche noch unberücksichtigte Kosten verursachen, sondern dauerhaft den Grundwasserstand absenken. Fortsetzung folgt. Wir informieren Sie weiter!

Mehr Bürgernähe und Transparenz in Waghäusel

Neu gebildete Kommission nimmt Anregungen aus Bürgerschaft auf

Bürgernähe und Transparenz sollen auf der Prioritätenliste ganz vorn stehen. Dieses Ziel hat die neue CDU-Stadtverbandsvorsitzende Aylin Arabaci-Pfab vorgegeben. Warum? Die Meinungsumfrage im Internet (unter www.cdu-waghaeusel.de) und die „Talks im Viertel“ haben ergeben, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt sich nicht oder nicht umfassend informiert fühlen.

Vor diesem Hintergrund hat die Union eine unabhängige Kommission eingerichtet, die Ideen, Anregungen und Vorschläge sammelt, wie man in Waghäusel mehr Bürgernähe und Transparenz umsetzen und verwirklichen kann. Den Vorsitz hat die Juristin Nicole Anders aus Kirrlach übernommen, die kein Parteiamt innehat.

„Wir wollen Miteinbeziehung, Mitsprache und Mitwirkung der Bevölkerung. Und wir wollen eine Durchschaubarkeit der Entscheidungen im Rathaus und neue Formen der Bürgernähe“, lautet ihr Bekenntnis. Vorschläge, die (was sehr erfreulich ist) insbesondere direkt aus der Bürgerschaft an die „Kommission für Bürgernähe und Transparenz“ herangetragen wurden, sind unter dem Vorsitz von Nicole Anders zusammengefasst worden. Hier die ersten Ergebnisse im Einzelnen:

Die neue Kommission Bürgernähe und Transparenz wird von Juristin Nicole Anders geleitet

1. Gestaltung der Stadt-Homepage

Im Vergleich zu anderen Kommunen ist die Homepage der Stadt Waghäusel nicht besonders attraktiv. Diese Ansicht wurde schon öfter an die CDU herangetragen, vor allem von auswärtigen Homepage-Besuchern. Es wird der Bedarf gesehen, die Homepage generell im Hinblick auf eine bessere Außendarstellung der Stadt und auf mehr Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe hin zu überarbeiten. In Fragen der Aktualität hinkt die Stadt oft hinterher.

2. Erläuterung der Tagesordnungspunkte

Mit manchen Tagesordnungspunkten konnte der Bürger seither nichts anfangen. Dass sich beispielsweise unter dem TOP „Bebauungsplan Eremitage“ die Wagbachverlegung verbirgt, konnte niemand ahnen. Die Formulierungen mögen verwaltungstechnisch in Ordnung sein, doch der Information dienen sie nicht. Die CDU begrüßt, dass die in der Presse geäußerte Kritik an der bestehenden Praxis dazu geführt hat, dass im Mitteilungsblatt vom 15.11.2013 die Tagesordnung zur Gemeinderatssitzung vom 18.11.2013 mit Erläuterungen versehen wurde.

3. Frühzeitige Ankündigung von wichtigen Gemeinderatsthemen

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung der Tagesordnung und der Erläuterungen im Mitteilungsblatt wird als zu kurz (vor der entsprechenden Gemeinderatssitzung) angesehen.

Das Mitteilungsblatt erscheint freitags, in einzelnen Wohnbezirken erst freitagabends, wird samstags oder sonntags gelesen - und montags ist die Gemeinderatssitzung. Auf besonders wichtige Themen sollte schon eine Woche früher hingewiesen werden.

4. Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle (Gemeinderat und Ausschuss)

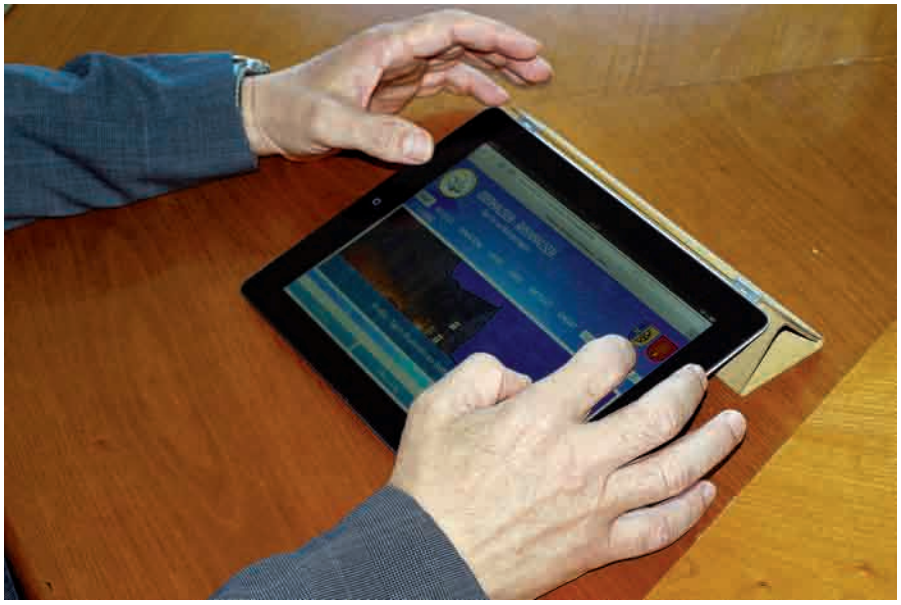
Umliegende Gemeinden (z.B. Oberhausen-Rheinhausen, Bruchsal) veröffentlichen im Internet zusätzlich zu den Tagesordnungen auch die Protokolle der Gemeinderats- und Ausschusssitzungen. So kann sich der interessierte Bürger über die Themen umfassend informieren. Und er kann damit auch einmal einen Sachverhalt selbst überprüfen.

5. Vorverlegung der Bürgerfragestunde

Manche Kommunen bieten eine (zeitlich begrenzte) Bürgerfragestunde bereits als TOP 1 an. So müssen die Bürger, die an den Gemeinderatssitzungen teilnehmen, nicht warten, bis der letzte TOP abgearbeitet ist (möglicherweise TOP 16 der langen Sitzung), um dann erst zu Wort zu kommen. Ist es dem Bürger zuzumuten, dass er mitunter von 19 Uhr bis 22.30 Uhr warten muss?

6. Regelmäßige Durchführung von Bürgerversammlungen

In der Vergangenheit wurden kaum noch Bürgerversammlungen durchgeführt. Die CDU legt größten Wert darauf, dass die Bürger gründlich informiert sind.



Oberhausen-Rheinhausen macht's vor. Dort sind seit Mitte des Jahres die iPads in Gebrauch.

Dies gewährleistet am ehesten eine Bürgerversammlung mit Fachleuten. Die Thematik der Wagbachverlegung bzw. der bereitzustellenden Asylbewerberunterkünfte hätte in der Öffentlichkeit wesentlich „unaufgeregter" diskutiert werden können, wenn dazu frühzeitig eine entsprechende Information der Bürger stattgefunden hätte. So erfuhr der Bürger von der Asylproblematik aus der Zeitung und nicht aus dem Rathaus. Begrüßenswert ist, dass die Verwaltung in Sachen Bürgerinformation in jüngster Zeit mehr Entgegenkommen zeigt und neue Informationsangebote macht. Die CDU-Forderung nach regelmäßigen Bürgerversammlungen (entsprechend den Regelungen in der Gemeindeordnung) besteht weiterhin.

7. Umgang mit den Bürgern
Aufgrund von Vorkommnissen in der Vergangenheit sollte der Umgang mit den Bürgern verbessert werden. Wer eine andere Meinung hat, darf nicht so abgebürstet werden, wie dies schon mehrmals geschah: gegenüber Bürgerinitiativen, Gruppen, Fragestellern, Antragstellen und sogar Stadträten. Eine andere Meinung zu haben, ist kein persönlicher oder politischer Affront, sondern ein Kennzeichen unserer Demokratie.

8. Antworten auf Fragen von Stadträten und Bürgern
Die Beantwortung von Fragen nimmt eine unverhältnismäßig lange Zeit in Anspruch - in Waghäusel weit mehr als in anderen Gemeinden. Stadträte müssen mehrmals nachhaken, um an eine Antwort zu kommen. So wird von betroffenen Bürgern die Reaktion der Verwaltung auf Bürgeranfragen (beispielsweise die Unterschriftenaktion der Anwohner der Ostendstraße) als viel zu lange bewertet. Zumindest eine Zwischennachricht müsste möglich sein.

9. Veröffentlichung von Geburtstagen
Warum können nicht Geburtstage älterer Bürger der Stadt Waghäusel in der BNN bzw. im Mitteilungsblatt veröffentlicht werden? Vor einer Veröffentlichung muss natürlich wie andernorts die Bereitschaft abgefragt werden. Im Landkreis veröffentlichen alle anderen Kommunen (nur Waghäusel nicht!!) die Geburtstage. Warum sind wir hier die Ausnahme? Gelten für Waghäusel andere Bestimmungen?

10. Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll transparenter gestaltet werden. Insbesondere ist eine Gegenüberstellung von veranschlagten Kosten, z.B. im Rahmen von Bauvorhaben, und den tatsächlich entstandenen Kosten wünschenswert. Das führt auch dazu, dass keine wilden Spekulationen aufkommen. Wünschenswert wäre auch vor dem Hintergrund weiterer öffentlich geführter Diskussionen eine Auflistung bislang mit städtischen Projekten (plus Zweckverbände) beauftragte Unternehmen.

11. Verwendung von QR-Code
Die Verbindung zwischen Text und Internet lässt sich über Tablet/Smartphone ganz einfach herstellen; nicht umsonst hat inzwischen fast jeder Werbeprospekt den QR-Code integriert. Er liefert damit ergänzende Infos zum gedruckten Text. QR steht für englisch: quick response = schnelle Antwort. Die Idee dahinter ist, dass Menschen im Alltag mit einem Klick mit ihrem Fotohandy Informationen aufrufen, abspeichern und weiterverarbeiten können. Anwendung? Bei Redaktionsschluss dienstags liegen wichtige Infos vielleicht noch nicht vor, bis zur Verteilung des Mitteilungsblattes am Freitag aber schon; damit wird zusätzliche Aktualität möglich. Außerdem sind mehr Hintergrundinfos möglich, die vom Umfang her nicht ins Mitteilungsblatt passen (Sitzungsvorlage von 150 oder 200 Seiten). Mit einem QR-Code hat man auf alle Infos sofort Zugriff.

12. Verwendung von iPads
Pads statt Papier: Inzwischen gibt es mehrere Kommunen, in denen die Gemeinderäte ihre Unterlagen nur noch digital zugestellt bekommen, nicht mehr in Papierform, nicht mehr als Papierstöße. Die papierlose Ratsarbeit hat viele Vorteile. Tausende von Kopien sind nicht mehr nötig, das spart Geld und Arbeitskräfte, auch Arbeitskräfte für die Zustellungen. Was woanders möglich ist, müsste auch in Waghäusel möglich sein.

13. Möglichkeit von Mängelhinweisen
Früher gab es im „Mitteilungsblatt" regelmäßig eine Seite mit einem Vordruck „Hinweise auf technische Mängel". Diese Möglichkeit war nach Ansicht der CDU sinnvoll und nützlich. Die Stadtverwaltung ist bei ihrer täglichen Arbeit auf Hinweise aus der Einwohnerschaft angewiesen. Denn Mängel der verschiedensten Art werden nicht immer gleich offiziell bekannt.

14. Neubürgerempfang anderer Art
Etliche Kommunen laden nicht nur zu einem allgemeinen Neujahrsempfang ein, sondern auch zu einem Neubürgerempfang für Zugezogene. Diese Begegnung kann auch im Laufe eines Jahres erfolgen, nicht unbedingt zu Jahresbeginn. Dabei informiert der Bürgermeister über die Stadt ganz allgemein sowie zu aktuellen kommunalpolitischen Themen. Dieses erste Kennenlernen ist für einen Anschluss sehr wichtig. Auch ist, was andernorts bereits praktiziert wird, ein Neubürgerempfang für Babys als „Neubürger" und ihre Eltern überlegenswert.

15. Letzter Nachtrag: Behindertengerecht und barrierefrei.
Siehe: www.cdu-waghäusel.de

Eine sicherlich notwendige, aber auch teure Rathauserweiterung

Wie kam es zu den Kostensteigerungen von 4,6 auf 9,9 Millionen Euro?

Blick auf die vollzogene Rathauserweiterung

Eine Frage vorab: Sie bauen ein Haus für Ihre Familie. Beim Einzug stellen Sie fest, dass jetzt das Haus das Doppelte kostet als ursprünglich veranschlagt, also nicht 500.000 Euro, sondern eine ganze Million. Ist das für Sie etwas ganz Normales? Wohl nicht. Weshalb sind Kostenüberschreitungen bei öffentlichen Bauten anders zu sehen als bei Privatbauten? Gelten hier andere Bestimmungen?
Weil die CDU meint, dass hier die gleichen Maßstäbe gelten müssen, hat sie die Rathauserweiterung unter die Lupe genommen. Ist eine Kostenerhöhung von 4,6 Millionen auf 9,9 Millionen Euro etwas ganz Normales, das der Gemeinderat ohne Aussprache einfach so „schlucken“ muss? Darf er wenigstens dazu seine Meinung äußern? Die CDU nimmt sich das Recht:

Neues in der Zeitung
Eine überraschende Mitteilung stand am 7. Oktober in den BNN: *„Mit 9,9 Millionen Euro blieben die Kosten innerhalb des vom Gemeinderat vorgegebenen Finanzrahmens.“*
Ja, was ist jetzt Sache? Die CDU sah und sieht die Notwendigkeit einer Rathauserweiterung. Und sie steht dazu. Was aber die ausufernden Kosten anbelangt, so sollte man sich an die belegbaren Tatsachen halten:

Stand der Ausschreibung 2010
Bei der Ausschreibung 2010 hieß es noch wörtlich: Der vorgegebene Kostenrahmen ist mit 4,6 Millionen Euro Brutto-Baukosten begrenzt (!).
Doch dann kommt 2011: Laut Sitzungsprotokoll vom 11. April 2011 wurden bereits 7,8 Millionen Euro Gesamtkosten genannt. Architekt Sand hatte immer gesagt, dass die Kostenansätze ausreichend seien. Die CDU ist der Auffassung, dass sich ein Gemeinderat und Architekt auch Gedanken darüber machen muss, ob die (auch von ihm genehmigten) Haushaltsansätze im Haushalt der Stadt für „seine“ geplanten Maßnahmen, sprich Kostenansätze, ausreichen? Und das war nicht der Fall.
Warum 4,6 und dann 7,8 Millionen? Die entstandenen Mehrkosten brauchte man, wie es hieß, um (Etwas ganz Neues??!!) die Räume auch auszustatten, Außenanlagen zu fertigen und die notwendige Technik einzurichten.
Dazu kam dann nochmals ein Nachschlag für die Renovierungen im Bestand, auch Mehrkosten wegen Schadstoffbelastungen und Brandschutzmaßnahmen von etwa zwei Millionen Euro.

Was ist das eigentliche Problem?
Der Gemeinderat bekam immer nur alles „nach und nach“ vorgelegt. Eine Auflistung der zu erwartenden Gesamtkosten gab es nicht. Keinen Haushaltsansatz, keine Position in der mittelfristigen Finanzplanung, die greifbar und nachvollziehbar die Summe von knapp 10 Millionen Euro für den Rathausanbau und die Sanierung ausgewiesen hätte.
Warum? Weil über den laufenden Haushalt nicht berichtet wird. Auch in diesem Fall nicht. Jetzt werden mögliche 100.000 Euro weniger (nicht gegenüber den 4,6 Millionen Euro, sondern gegenüber den Maximalkosten von 9,9 Millionen Euro) als „Sparerfolg“ bezeichnet.

Was sind die 5,3 Millionen Differenz?
Auszug aus dem offiziellen Protokoll: >> Herbert Sand: *„Bei den Gesamtkosten von 7,8 Millionen Euro brutto, in denen auch Mehrwertsteuer, die Erschließungsmaßnahmen, die Außenanlage mit Parkplätzen und Einrichtung sowie Nebenkosten von 17 % für Gutachten und Statik als auch Bauleitung enthalten sind, wurden keine erforderlichen Modernisierungsmaßnahmen wie der Ersatz der Teppichböden, des umlaufenden Holzbalkons am Altbau und sonstiger Malerarbeiten berechnet.“* <<
Nicht wenige Mitbürgerinnen und Mitbürger fragen sich, wann noch Geld „nachgeschoben“ werden muss und dann die 10-Millionen-Grenze überschritten wird. Nicht wenige fragen sich, ob denn niemand mit den geltenden Brandschutzbestimmungen vertraut ist - und eigentlich daraus entstehende Kosten schon bei der Planung zu berücksichtigen sind.
Wenn einer sagt, das ist alles in Ordnung, das ist immer so bei öffentlichen Aufträgen, so akzeptiert dies die CDU als eine von mehreren möglichen Meinungen. Am Schluss der Verteuerungswelle wird wohl noch die CDU daran schuld sein??
Liebe Leser, wir meinen: Um eine Beurteilung abgeben zu können, sollten alle Informationen und Gesichtspunkte auf den Tisch. Die Zusammenhänge zu beleuchten, ist für die CDU auch ein Stück Bürgernähe und Transparenz.

„Viele gute Gründe für die Ausweisung einer Hundewiese“

Interview mit der Sprecherin der Initiative, Nora Stabel (32), aus Kirrlach

Warum braucht auch die Stadt Waghäusel eine Hundewiese? Dies hat sich die CDU auch gefragt und sich gründlich informiert.
Das Ergebnis: Auf Hunderte von Unterstützern kann die „Initiative Hundewiese in Waghäusel“ zählen, auch auf Dutzende von Sponsoren. Immer wieder werden aktive Mitarbeit, Beistand und Unterschriften angeboten, immer wieder gehen mündliche und schriftliche Botschaften mit Ermunterungen zum Durchhalten zu. In der Stadt Waghäusel gibt es mehr als 1.500 gemeldete Hunde, die alle ihre gewissen Freiräume brauchen. Mit Hilfe einer ausgewiesenen Hundewiese außerhalb des Ortskerns könnte für die Tiere und die Tierhalter eine wesentliche Verbesserung erreicht werden. Andere Kommunen unterstützen solche Ideen. Doch Waghäusel legt sich quer. Deshalb der eindringliche Aufruf der Hundewiese-Initiatoren an die Stadt: Die Widerstände beenden - und einfach einmal Herz für Hunde und Hundehalter zeigen.

Ein Hund hilft ...
Es gebe doch viele gute Gründe für die Ausweisung eines solchen Areals, sagen die Befürworter: Ein Hund sei ein wichtiger Ausgleich zum kräftezehrenden Alltag. Gemeinsame Spaziergänge helfen, Stress abzubauen. Bei älteren Menschen fülle der Hund eine immer größer aufklaffende soziale Lücke. Aus diesem Grund errichten immer mehr Kommunen sogenannte Hundewiesen: sichere Plätze, auf denen Hunde unangeleint rennen können und mit Artgenossen angemessenes Sozialverhalten trainieren.

Das Interview
Zum Thema Hundewiese führte die Redaktion ein Interview mit der Sprecherin der Initiative, der 32-jährigen Powerfrau Nora Stabel aus Kirrlach.

Frage: Wie kommt man auf die Idee, eine Kampagne pro Hundewiese zu beginnen?
Nora Stabel: Indem man mit Problemen in Berührung kommt, die einer Lösung bedürfen. Fast bei jedem Spaziergang mit meinem Hund, damals noch ein sehr genügsamer Labrador, unterhalte ich mich mit den anderen Haltern, denen ich unterwegs begegne. Viele können ihren Hund nicht ableinen, weil er sonst jagen geht und auf die Straße geraten könnte. Und spielen können die Hunde auch nicht miteinander, denn ununterbrochen kommen Autos, Radler und Spaziergänger vorbei. Das führt zu vielen Konflikten. Wenn man seinen Hund frei laufen lässt, ist er weg. Gemeinden im Umkreis haben schon mit Erfolg vorgemacht, wie eine passende Lösung aussieht. Das Konzept Hundewiese geht dort auf. Warum also nicht auch hier?

Nora Stabel: eine engagierte Tierschützerin und Befürworterin einer Hundewiese

Frage: Wie erklären sie sich die Widerstände?
Nora Stabel: Zum einen liegt es wohl daran, dass das Konzept noch relativ neu ist. Ungewohnten Dingen stehen die meisten Menschen erst einmal skeptisch gegenüber.
Auf der anderen Seite ist mit Sicherheit auch die negative Einstellung schuld, mit der man Hundehaltern oft begegnet. Wenn sie einen Zigarettenstummel auf der Straße liegen sehen, werden Sie auch nicht den nächstbesten Raucher anhalten und ihn fragen, wieso er seinen Dreck nicht weg macht. Genauso ist es mit dem vielen Müll, den einige Menschen achtlos im Wald und am Feldrand wegwerfen. Wer kommt schon auf die Idee, den entgegenkommenden Wanderer zu beschuldigen? Kreuzt man aber als Hundehalter den Weg mit einem Passanten, der einen Haufen entdeckt hat, kann man damit rechnen, darauf angesprochen zu werden.

Frage: Welche Kritik stört Sie am meisten?
Nora Stabel: Dass man auf die Kampagne und auf “der Hundehalter da“ reduziert wird. Man ist plötzlich nicht mehr Mutter oder Vater und scheint auch sonst nicht mehr am Leben teilzuhaben. Dabei finde ich, dass sich gerade Tierhalter vielschichtig mit ihrer Umgebung auseinandersetzen, da sie zusätzlich zu allem anderen noch die Tiere im Blick haben. Wir packen trotz der Hundewiesenkampagne noch Schuhkartons für Weihnachtsspendenaktionen für Kinder und leben unser Leben, wie jeder andere auch.

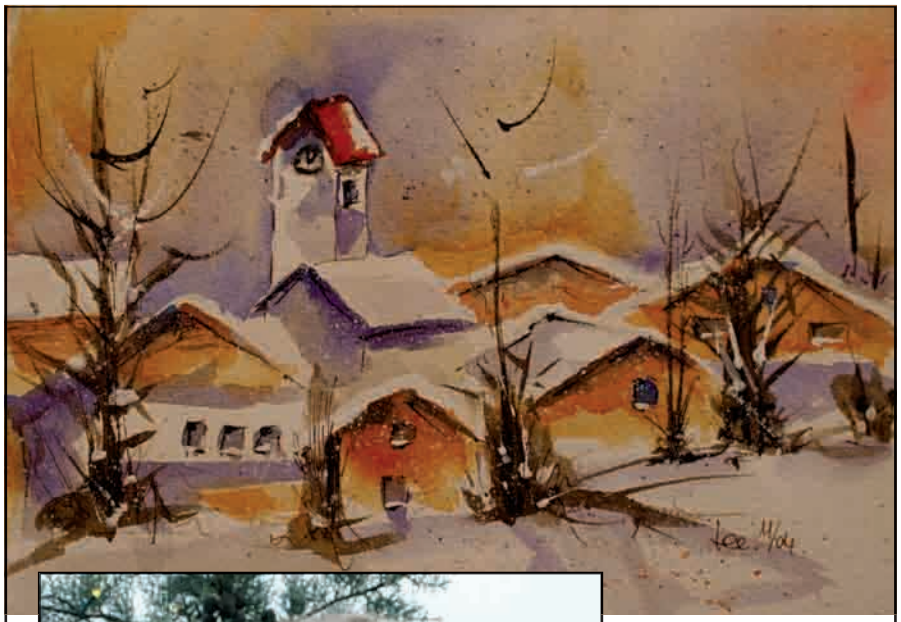
Frage: Warum wurde so ein Projekt nicht schon viel früher umgesetzt, wenn der Bedarf so immens ist?
Nora Stabel: Viele der Hundehalter scheuen sich davor, um etwas zu bitten, weil sie Angst davor haben, zunächst einmal (wie geschehen) regelrecht abgebürstet zu werden. Oder im schlimmsten Fall noch mehr Steuern zahlen zu müssen. Ein gutes Beispiel ist die Erhöhung nach der Aufstellung einiger Dogstations. Immer wieder wird darauf verwiesen, dass die Hundesteuer (In Waghäusel sind es jährlich 115.000 Euro Einnahmen!) nicht zweckgebunden ist. Aber sobald die Stadt für themenbezogene Dinge Geld aufwendet, wird der Steuersatz erhöht. Das passt nicht zusammen.
Außerdem ist so eine Kampagne gerade hier ein ziemlicher Staatsakt. Politik desillusioniert und deprimiert - und da durchzuhalten, erfordert einen ziemlich langen Atem.

Frage: Wieso bleiben Sie an der Sache dran, wenn es so schwierig ist?
Nora Stabel: Weil es richtig ist. Der Platz wird gebraucht - und es gibt eigentlich keine stichhaltigen Argumente dagegen. Die vorgebrachten Hindernisse sind alle hausgemacht. Die Wiese birgt keine Nachteile für Nichthundehalter. Im Gegenteil. Jeder profitiert von ausgelasteten, gut sozialisierten Hunden.

Was macht Waghäuseler Straße in Berlin?

In der Bundeshauptstadt Berlin gibt es eine „Waghäuseler Straße“, doch nicht nur das: Im Wilmersdorfer Volkspark ist auch eine Informationstafel aufgestellt, die über Waghäusel und seine Rolle in der Badischen Revolution informiert: „Die Badensche Straße und einige kleinere Straßen in diesem Viertel von Wilmersdorf - Bruchsaler Straße, Waghäuseler, Kuppenheimer, Durlacher und Karlsruher Straße.... erinnern an Schlachten in Baden, in denen der Prinz von Preußen und spätere deutsche Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1849 das Revolutionsheer der badischen Demokratiebewegung besiegt hat. Preußen stellte seine Militärmacht zur Verfügung, um die Erhebung niederzuschlagen. Unter dem Oberbefehl des „Kartätschenprinzen“ und späteren Kaisers Wilhelm I. besiegten preußische Truppen das Revolutionsheer in den Schlachten von Bruchsal (20. Juni 1849), Waghäusel (21. Juni) ...“ Als Kaiser Wilhelm I. am 9. März 1888 starb, wurden ihm zu Ehren einige Straßen in Wilmersdorf umbenannt.

Vom 19. bis 22. Juni 2014 unternimmt die CDU Waghäusel eine viertägige Berlinfahrt und besucht auch „Waghäusel“ in Berlin.



Zu Weihnachten ein weihnacht-winterliches Motiv

von der Malerin Birgit Federmann aus Kirrlach, Mitglied der Künstlergilde

Das letzte Gerücht auf der letzten Seite

Ein Gerücht macht mal wieder die Runde: Das stadteigene Känguru (wir berichteten im letzten Heft) sei in die Verbannung auf einen Hühnerhof geschickt worden „Wir brauchen kein Anschauungsobjekt, wie man mit leerem Beutel große Sprünge machen kann“, hieß es aus dem Rathaus. „Wir können das auch ohne Känguru.“ Das für Futter eingesparte Geld soll jetzt für das neue Hotel in den alten Zuckersilos verwendet werden. Hört man.

Zudem stand das Känguru in Verdacht, mit der CDU zu sympathisieren. Ein Beamter hatte beim Blick aus dem Fenster beobachtet, dass es mit den Ohren wackelte, als ein CDU-Stadtrat des Weges kam. Große Frage: Was für ein Tierchen könnte nach dem Känguru als rathäuslicher Haustier-Ersatz dienen? Der Vorschlag, einen Truthahn anzuschaffen, fand auch gleich die ungeteilte Zustimmung der Gemeinderatsmehrheit. Kritik musste sich die CDU gefallen lassen, weil sie nicht sekundenschnell der Truthahn-Idee zustimmte. Der Sprecher der SPD hatte zuvor die architektonischen Vorzüge des kopfroten Hühnervogels herausgestellt: „Schon deswegen fühlen wir uns dem Truthahn politisch eng verbunden.“